

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 05.02.2018

Von Carmela Negrete

06.02.2018

Alles halb so schlimm [Spanien]

Spaniens Staatsanwaltschaft will Regierungspartei trotz Vernichtung möglicher Beweise verschonen



Auf seine Parteifreunde kann sich Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy (vorne rechts am 30. August im Parlament) nach wie vor verlassen

Foto: Paul Hanna/REUTERS

Seit Jahren ist die in Spanien regierende Volkspartei (PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy in zahlreiche Korruptionsfälle verwickelt. Selbst die Organisation als solche wurde bereits wegen des Verdachts auf illegale Finanzierung vor Gericht gebracht – ein

beispielloser Vorgang in der Geschichte der spanische Demokratie. Der Prozess gegen die Mitte der 1970er Jahre von führenden Vertretern des Franco-Regimes zunächst als Alianza Popular gegründete Partei wurde ausgelöst, weil die PP in ihrer Zentrale in der Madrider Calle Génova mehrere Computer zerstört hatte, auf denen Beweismittel im Korruptionsfall »Gürtel« vermutet worden waren. Die Klage eingereicht hatten die Vereinte Linke (IU), die katalanische Beobachtungsstelle für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte (Observatori DESC) sowie die Vereinigung Demokratischer Anwälte für Europa (ADADE). Der ehemalige PP-Schatzmeister Luis Bárcenas, der unter anderem wegen schwarzer Kassen angeklagt ist, hatte ausgesagt, dass auf den Festplatten wichtige Informationen über den »Haushalt B« der Partei gespeichert gewesen seien.

Ausgerechnet die Institution, deren Aufgabe die Verfolgung von Straftaten ist, hat jedoch offenkundig kein Interesse daran, die Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. In der vergangenen Woche veröffentlichte das Onlinemagazin *eldiario.es* den Antrag der spanische Staatsanwaltschaft, die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die PP einzustellen. Chefanklägerin Carmen Lucíañez argumentiert demnach, dass die Zerstörung der Rechner die juristischen Ermittlungen nicht beeinflusst habe und deshalb auch kein Delikt vorliege. Sie beantragte Freispruch für PP-Schatzmeisterin Carmen Navarro, den Chef der Rechtsabteilung Alberto Durán sowie des für die Informationstechnik Verantwortlichen, José Manuel Moreno, weil man nicht wissen könne, welche Informationen auf den Rechnern gespeichert gewesen seien. Nun muss das Gericht entscheiden, ob der Antrag der Staatsanwaltschaft angenommen wird.

Die IU forderte Richterin Rosa María Freire auf, den Chefredakteur von *El Español*, Pedro J. Ramírez, als Zeuge zu laden. Bárcenas habe ihm gegenüber ausgesagt, dass auf den Festplatten die Buchhaltung der Partei für die Jahre 1996 bis 1999 gespeichert gewesen sei, was Belege für die illegale Finanzierung der PP hätten liefern können.

Die Unabhängigkeit der Anklagebehörde in Spanien wurde bereits in der Vergangenheit in Zweifel gezogen. So musste im vergangenen Jahr der oberste Vertreter der mit dem Kampf gegen Korruption betrauten Abteilung der Staatsanwaltschaft, Manuel Moix, einräumen, selbst Teilhaber einer Offshorefirma in Panama zu sein. Zuvor hatte das Onlinemagazin Público die Aufnahme eines Gesprächs zwischen dem früheren Präsidenten der Comunidad de Madrid, Ignacio González, sowie dem ehemaligen Arbeitsminister Eduardo Zaplana veröffentlicht. Darin war zu hören, wie sich die beiden PP-Politiker darüber unterhielten, dass man Moix als Staatsanwalt brauche, da er gegenüber dem in einen Korruptionsfall verwickelten González Milde walten lassen

werde. Zudem erwähnten sie auch eine bewährte Methode, mit der die PP unliebsame Ermittler von wichtigen Stellen fernhalte: Man biete ihnen gut bezahlte Posten im Ausland an.

Das ist jedoch vermutlich nicht der Grund, warum die PP im Januar die Rechtsphilosophin María Elósegui dafür nominierte, Spanien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg zu repräsentieren. Allerdings wies *eldiario.es* darauf hin, dass die 60jährige immer wieder durch homophobe Äußerungen aufgefallen ist. So bezeichnete sie Trans- und Homosexualität wiederholt als Krankheit, wetterte gegen Sexualaufklärung an der Schule, gegen Abtreibungen und die Benutzung von Kondomen. Zudem soll sie ihren in Strasbourg eingereichten Lebenslauf manipuliert haben.